

## MARKTPLATZ

## Preise: Spekulanten sind schuld

Für die derzeitigen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln machen nach einer Umfrage mehr als zwei Drittel der Bürger (73 Prozent) die Spekulanten an den Warenbörsen der Welt verantwortlich. Das ergab eine Umfrage des Forsa-Instituts für die Denkfabrik berlinpolis, die am Donnerstag in Berlin veröffentlicht wurde. 49 Prozent der 1001 Befragten ab 18 Jahren glaubten, die Nutzung von Biokraftstoffen sei mit ausreichender Nahrungsmittelversorgung vereinbar. Als wirksame Strategie gegen steigende Lebensmittelpreise sehen 46 Prozent die Nutzung brachliegender Äcker und veränderte Anbaumethoden. Nur 29 Prozent glauben, der Verzicht auf Biokraftstoff führe zur Lösung des Nahrungsmittelproblems.

## Preis für Heizöl auf Rekordstand

Der Preis für Heizöl ist in Deutschland auf ein Rekordniveau geklettert. 100 Liter kosteten im Schnitt 95 Euro, wie der Hamburger Energie-Informationsdienst (EID) am Donnerstag mitteilte. Grund seien die hohen Beschaffungskosten aufgrund der großen Nachfrage nach Diesel. Da Öl insgesamt immer teurer wird, verschwinden laut EID auch saisonale Unterschiede zunehmend. Traditionell war Heizöl im Frühjahr und Sommer günstiger als im Herbst und Winter.

## Zu wenige Hochtechnologie

In Deutschland werden laut einer Studie immer noch zu wenige Hochtechnologie-Unternehmen gegründet. Immerhin habe es im vergangenen Jahr einen spürbaren Zuwachs gegeben, teilten das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und Microsoft Deutschland am Donnerstag in Berlin mit.

# Die Affäre bleibt ein riesiges Puzzle

Staatsanwaltschaft schlägt bei Telekom zu – Wer hat was gewusst?

**Bonn.** (dpa) Für die Deutsche Telekom entwickelt sich die Affäre um die Bespitzelung von Managern und Journalisten immer mehr zu einem Supergau. Auch wenn die Bonner Staatsanwaltschaft den aktiven Vorstand und Konzernchef René Obermann aus der Schusslinie nahm, bleibt die ganze Dimension des Vorgangs undurchsichtig. Waren es nur die Jahre 2005 und 2006, in welchen der größte europäische Telekommunikationskonzern Verbindungsdaten missbräuchlich nutzte, um Informanten aus dem Konzern auf die Schliche zu kommen?

In welchem Ausmaß wurde gesetzeswidrig in Verbindungsdaten geschnüffelt, und wer erteilte die Aufträge? „Je länger die Aufklärung dauert, umso größer wird der Schaden für das Telekom-Geschäft sein“, befürchtet Aktionärschützer Marco Cabras.

Obermann habe nichts zu verbergen, heißt es bei der Telekom, auch wenn er schon Mitte 2007 von einem Fall des Datenmissbrauchs wusste. Und doch steht der 45-jährige Manager vor Erklärungsnot: Denn den Schritt in die Öffentlichkeit ging der Telekom-Chef erst, als das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ am vergangenen Wochenende den massiven Datenmissbrauch bei der Telekom ans Licht brachte.

Obermann habe seinerzeit sofort reagiert, den Bereich der Konzernsicherheit umgebaut und den zuständigen Leiter entlassen, heißt es bei der Telekom zur Entschuldigung. Doch der Fall blieb zunächst unter dem Teppich.

Am Donnerstag bekam die Telekom

Besuch von 50 Beamten der Staatsanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes. Die Behörde nahm Ermittlungen gegen frühere Telekom-Manager und Verantwortliche auf. Nicht davon betroffen: der derzeitige Vorstand und Konzernchef Obermann, der wenige Tage vor der Hauptversammlung des Unternehmens mit einer Strafanzeige die Staatsanwaltschaft auf den Plan gerufen hatte.

Die Affäre bleibt ein riesiges Puzzle. Namen werden genannt, mögliche Strippenzieher, Verantwortliche, Ausführende und Betroffene.

„Was war eigentlich der Mehrwert dieser Aktion?“, fragt ein Manager des Unternehmens und schüttelt verständnislos den Kopf. Die Telekom steht ohnehin im Inland durch einen scharfen Wettbewerb mit dem Rücken zur Wand. Und jetzt dieser Image- und Vertrauensverlust.

Schnell zeigen die Finger auf den damaligen Konzernchef Kai-Uwe Ricke und den früheren Aufsichtsratsvorsitzenden, Klaus Zumwinkel. Gegen beide ermittelt die Staatsanwaltschaft ebenso wie gegen sechs weitere ehemalige Telekom-Manager. Doch die Beschuldigten weisen alle Vorwürfe zurück. Klar ist jedenfalls, dass dem damaligen Vorstand und Aufsichtsrat das Ausplaudern von Internen in den Medien zunehmend gegen den Strich ging. „Die Telekom war wie ein Schweizer Käse“, umschreibt ein Ex-Manager das Bonner Unternehmen in der damaligen Zeit. Die Informationslöcher sollten gestopft werden. Welche Aufträge von wem erteilt wurden, das will die Staatsanwaltschaft jetzt herausfinden.



In der Telekom-Abhörffäre ermittelt die Staatsanwaltschaft auch gegen den früheren Konzernchef Kai-Uwe Ricke (links) und den ehemaligen Aufsichtsratschef Klaus Zumwinkel (rechts). Gegen Telekom-Vorstandschef René Obermann wird bisher nicht ermittelt. Foto: AP

## 700 Tagessätze „ungewöhnlich“

Strafrechtler zum Fall Würth

**Heilbronn/Tübingen.** (dpa/lsw) Der Tübinger Strafrechtler Joachim Vogel hält den Strafbefehl von 700 Tagessätzen gegen den Schraubenmilliardär Reinhold Würth „in dieser Höhe für eine ungewöhnliche Lösung“. „Ich selbst kenne keinen Fall mit 700 Tagessätzen“, sagte Prof. Vogel am Donnerstag in einem Gespräch mit der dpa. Üblich seien 30 bis 180 Tagessätze.

Die Gründe, die für 700 Tagessätze sprechen, sollten von allen Beteiligten genannt werden, forderte Vogel. Das Amtsgericht Heilbronn hatte am Mittwoch wegen Steuerhinterziehung einen Strafbefehl gegen Würth verhängt. Der 73-Jährige ist damit vorbestraft.

Das Gericht nannte die Höhe der Geldbeträge für die Tagessätze nicht. Da

## „Es sieht schlecht aus um die Moral der deutschen Wirtschaft“

Arbeitnehmervertreter im Telekom-Aufsichtsrat stellen Strafanzeige – „Verletzung von Grundrechten darf nicht normal werden“

**Berlin.** (AP) Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Telekom wollen Strafanzeige gegen das Unternehmen stellen. Man habe den begründeten Verdacht, dass gegen das Fernmeldegeheimnis, die Pressefreiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verstoßen wurde, begründeten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und das ver.di-Vorstandsmitglied Lothar Schröder am Donnerstag in Berlin den Schritt.

Als Rechtsvertreter habe man die früheren Bundesminister Gerhart Baum und Herta und Paul Amirani gewonnen. Sommer betonte, er gehe davon aus, dass die Telekom wegen des möglicherweise entstehenden Reputationsschadens ein hohes Interesse an einer Aufklärung der Affäre haben müsse. „Das Ausmaß, den Um-



DGB-Chef Michael Sommer (l.) und Telekom-Aufsichtsratsvize Lothar Schröder (r.) sehen das Land vor einem „Abgrund von Bruch von Grundrechten“. Foto: dpa

fang und die Tiefe der Bespitzelung kennen wir bislang nicht“, sagte Sommer.

Um das herauszufinden, stelle er Strafanzeige. Er wisse nur, dass ganz offensichtlich Arbeitnehmervertreter der Telekom ausgespäht worden seien. Sommer fügte hinzu, dass Telefonverbindungsdaten aufgezeichnet worden sein sollen, anhand derer man feststellen könne, wann wer wo mit wem telefoniert habe. Er betonte, die Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses sei nach dem Strafgesetzbuch strafbar.

Schröder fügte hinzu, als Prozessbeteiligter bekomme man auch Einblick in die Akten der Staatsanwaltschaft, was sonst nicht so wäre. Sommer sagte, von Seiten des Vorstands nehme man Betroffenheit wahr. Eine Entschuldigung habe

es aber noch nicht gegeben. Die Bereitschaft einzugestehen, dass Fehler gemacht worden seien, gebe es aber, sagte Schröder. Zugleich wies er Berichte zurück, nach denen der Aufsichtsrat bereits 2007 von den Vorgängen erfahren habe.

Sommer sagte: „Es sieht ganz offensichtlich schlecht aus um die Moral der deutschen Wirtschaft.“ Allerdings wehre er sich dagegen, Pauschalkritik zu üben. Aber die Fälle Lidl, Telekom und andere seien eine Beleg dafür, dass insbesondere mit den Persönlichkeitsrechten von Arbeitnehmern fahrlässig umgegangen werde. Er habe sich zu Wort gemeldet, weil er sich um die Zukunft des Landes Sorgen mache, wenn die Verletzung von Grundrechten Normalität werde. Man müsse die Grundrechte energisch verteidigen.



Schraubenmilliardär Reinhold Würth wurde wegen Steuerhinterziehung verurteilt. Foto: dpa

Würth als einer der reichsten Männer in Deutschland vermutlich das Höchstmaß von 5 000 Euro je Tag zahlen muss, ergibt sich daraus eine Höhe des Strafbefehls von 3,5 Millionen Euro.

Für die SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag bleiben nach der Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Würth „viele Fragen offen“. Dass eine Steuerhinterziehung im möglicherweise zweistelligen Millionenbereich ohne öffentliche Hauptverhandlung durch Strafbefehl erledigt wurde, „hinterlässt ein ungesundes Gefühl“, sagte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Nils Schmid. „Nach dieser Erledigung des Verfahrens stellt sich vielen die Frage, ob sich Reiche von einer angemessenen Strafe durch geschickte Deals, teure Anwälte oder gar großzügige Spenden an die Partei des Justizministers von einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe freikaufen können und sogar ohne öffentliche Hauptverhandlung davonkommen“, sagte Schmid.

Für fragwürdig hält die SPD, dass die Öffentlichkeit nicht einmal die genaue Höhe der Geldstrafe erfahren dürfe und auch nicht klar sei, in welcher Höhe der angerichtete Schaden wiedergutmacht wurde. Schmid erklärte, in diesem Fall blieben zu viele Fragen offen und die Kontrolle der Justiz durch die Öffentlichkeit werde erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

## Autofahrer im Club der intelligenten Rechner

Hoher Benzinpreis stärkt Mitfahrzentralen – Fahrgewohnheiten beginnen sich zu ändern

**Hamburg.** (dpa) Die hohen Spritpreise beschleunigen den Boom der Mitfahrzentralen. „Nicht nur die üblichen Verdächtigen wie Studenten reisen so, sondern mittlerweile auch viele Berufstätige“, berichtete Rainer Hillgärtner, Sprecher des Auto-Club Europa (ACE), am Donnerstag in Stuttgart. Immer mehr „gut situierte Leute“ böten zudem Plätze in ihren Autos an. „Es bildet sich eine Art ‚Club der intelligenten Rechner‘“, sagte Hillgärtner der dpa.

Online-Portale hätten klassischen Mitfahr-Börsen weitgehend den Rang abgelaufen, auch wenn es noch einige lokale Angebote gebe, sagte Hillgärtner. Auf Websites wie Mitfahrzentrale.de, Pendlerportal.de oder Mitfahrgelegenheit.de kön-

nen Fahrer ihre Strecke in eine Datenbank eingeben und Mitfahrer nach passenden Angeboten suchen.

„Bei jeder Benzinpreiserhöhung verzeichnen wir einen Zuwachs“, sagte Michael Reinicke, Geschäftsführer von Mitfahrgelegenheit.de aus München. Gleiches gelte, wenn Bahntickets teurer würden. Die Gewohnheiten der Pendler und Reisenden veränderten sich allerdings langsam: „Das geht nicht von einem Tag auf den anderen.“ Im Mai lag die Zahl der offerierten Fahrten laut Reinicke um rund 13 Prozent höher als im April – für die nächsten vier Wochen sind 170 000 Angebote online. Derzeit kommen täglich 16 000 neue hinzu. Bei dem Portal haben sich 750 000 Fahrer registriert.

## Auch die Strompreise steigen weiter

**Stuttgart/Berlin.** (dpa) Auf zahlreiche Haushalte im Südwesten kommen in den nächsten Wochen Recherchen des Verbraucherportals TopTarif zufolge Strompreiserhöhungen zu. Fünf Anbieter heben von 1. Juli an ihre Preise, wie TopTarif in Berlin berichtete.

Am härtesten trifft die Erhöhung demnach die Kunden der Stromversorgung Sulz am Neckar (Kreis Rottweil). Sie müssen sowohl bei der Grundversorgung als auch beim günstigsten Tarif 7,37 Prozent mehr bezahlen. Auf eine vierköpfige Familie mit einem jährlichen Stromverbrauch von 3500 Kilowattstunden kämen dann jährlich Mehrkosten von 45 Euro zu. Die EnBW Energie Baden-Württemberg erhöht um 5,0 Prozent. Auch in Heidenheim und Lottstetten steigen die Preise.



Josef Ackermann und die Deutsche Bank wollen bei einer Bankenkonsolidierung in Deutschland „nicht abseits stehen“. Man sei zu Zukäufen bereit. Foto: dpa

## Ackermann will eine Bank kaufen

Interesse an der Postbank – „Beginn des Endes der Krise“

**Frankfurt.** (AP) Die Deutsche Bank ist zu Zukäufen bereit und will im Poker um die Postbank mitmischen. „Wir sind interessiert, aber es muss in der Struktur und im Preis sinnvoll sein“, sagte Chef-Banker Josef Ackermann auf der Hauptversammlung am Donnerstag in Frankfurt. Bei einer Bankenkonsolidierung in Deutschland werde die Deutsche Bank „nicht abseits stehen“. Offizielle Kaufverhandlungen über die Postbank gebe es aber derzeit nicht.

Die für Übernahmen „erforderliche Flexibilität“ will sich die Deutsche Bank mit der Genehmigung einer Kapitalerhöhung von bis zu 19,8 Prozent ihres Grundkapitals verschaffen. Eine solche Kapitalerhöhung könne der Bank nach derzeitigem Marktumfeld „theoretisch 10 Milliar-

den Euro bringen“, sagte Ackermann auf Nachfrage eines Aktionärs.

Ob sein Haus auch an der Citibank interessiert ist, ließ Ackermann auf Nachfrage offen: „Das werden wir mal sehen“, sagte er. Nach einer möglichen Übernahme der Dresdner Bank gefragt, erklärte er lediglich: „Ich weiß nicht, ob die zum Verkauf steht.“ Nur wenn man überzeugt sei, dass eine Akquisition nachhaltig Wert schaffe, werde man einsteigen. Die Deutsche Bank schätze unternehmerischen Mut: „Für Abenteuer aber sind wir nicht zu haben“, sagte Ackermann unter dem Beifall der Aktionäre.

In der Finanzmarktkrise ist Ackermann zufolge nun Land in Sicht: „Ich meine, dass wir am Beginn des Endes der Krise sind“, erklärte er.